

Ein Teller.
Reda: Döni
Pro
Telephon:
Sageredaktion:
26705, 31460.
Nachredaktion: 26705

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der Tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:
Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:
monatlich Ks 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährlich 96.—
jährlich 192.—

Rückstellung von Manu-
skripten erfolgt nur bei Ein-
sendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme
des Montag täglich, früh

9. Jahrgang.

Freitag, 4. Jänner 1929

Nr. 4.

Die Geschichte einer Zeitung.

Ein lehrreiches Kapitel aus der Geschichte der bürgerlichen Journalistik.

Die Prager tschechische Tageszeitung „Tribuna“ hat am Silvestertage ihr Erscheinen eingestellt. Warum dies geschah, das verdient als ein Beitrag zur Naturgeschichte des bürgerlichen Zeitungswesens erzählt zu werden. Die Einstellung des Blattes erfolgte ganz unvermutet. Seit ihrem ersten Erscheinungstage lehrten bei ihm Geldschwierigkeiten mit geradezu chronologischer Pünktlichkeit wieder, aber es war nicht Mangel an Geld, der unmittelbar das Hinscheiden dieser Zeitung verursachte. Es hatten sich bereits Geldgeber gefunden, die sich bereit erklärten, die nötigen Mittel für die Weiterführung des Blattes beizusteuern und zwar in so reichem Maße, daß sein Bestand auf einige Jahre hinaus gesichert gewesen wäre. Es waren Gelder des Zuckerartikels und der Kohlenindustriellen, die durch Vermittlung der Herren Seidler, des Sekretärs der Zuckerindustriellen und Dr. Peters, dem Vertreter der Kohlenbarone, aufgebracht werden sollten. Dr. Peters als Exponent der Finanzleute bei der Sanierungsaktion stellte im letzten Augenblick die schon verdammt einmal erhobene Forderung, daß der bisherige Redakteur der „Národní Politika“, Dr. Boršty (früher Bondy) und der Redakteur Saviák als leitende Redakteure der „Tribuna“ zu übernehmen seien und daß die politische Richtung des Blattes auf die Linie des früheren „28. Říjen“, eines tschechischnationalistischen Heftblattes wüßtester Art, gebracht werde. Da die legitimen Herausgeber der „Tribuna“ sich weigerten, dieser politischen Umwandlung im Sinne der kapitalistisch-nationalistischen Reaktion zuzustimmen, verließ die Sanierungsaktion resultatlos und das Erscheinen der Neuheftnummer der „Tribuna“ unterblieb, obwohl der größte Teil des Satzes und der Zirkulate in der Druckerei bereits hergestellt war. Das tschechische Personal ist dadurch beschäftigungslos geworden und 15 Redakteure werden gezwungen sein, ihre geistige Arbeitskraft an anderer Stelle zu verkaufen, ohne Rücksicht auf die Parteirichtung, in deren Dienste sie demnächst gestellt sein werden.

Es ist eigentlich erstaunlich, warum die Sintermänner der „Tribuna“ sich diesmal so entschieden weigerten, die gewünschte politische Rechtschwenkung zu machen, denn sie wäre nicht die erste Gesinnungswandlung gewesen, die ihr im Verlaufe ihres Daseins von den unterschiedlichen Geldgebern auferlegt worden ist. Einige Monate nach dem Umsturz gegründet, erreichte das Blatt in der ersten Zeit seines Bestandes Aufmerksamkeit durch seine für eine bürgerliche Zeitung ungewohnte ehrliche und menschliche Haltung. Es war als Organ der tschechischen Auidenschaft gegründet worden, aber da der größte Teil der tschechischen Auidenschaft politisch bald anders orientierte, brachte die „Tribuna“ keine andere Vorteil hinter sich, die Würdigung ihres Bestandes bis zum Zeitpunkt ihrer finanziellen Stabilisierung gewesen wäre und so sah sich das Blatt, obwohl es journalistisch gut geführt wurde, bald gezwungen, nach neuen Geldgebern Umschau zu halten. Diese fanden sich in einer sozialistischen Gruppe, an deren Spitze der agrarische Senator Braun stand, der die reichen Herren aus dem Kreise der Stadwerke repräsentierte. Den Kurs, den die „Tribuna“ nun einschlagen sollte, war ein sozialkapitalistisch-agrarischer, welche bestimmte Mischform sich daraus erklart, daß die Direktoren der Stadwerke, man kann sogar durch die Bank, als die Ersten von Reaktionen aus der Bodenreform sind, so daß sich in ihrer Seele industrielle und agrarische Profitinteressen zu einer schönen Melange vermengt haben. Die Redakteure des Blattes hatten also nunmehr den neuen Herren zu dienen, aber auch das war von keiner allzu großen Dauer, denn die Herren „Stadwerke“, deren Führung sich schon äußerlich im Besitze von Schloßern des früheren Adels dokumentiert, insofern der großen Geldausflüsse das Interesse an dem Blatte verloren, kamen wieder andere Finanz-

Das Defizit im Reichshaushalt.

Beginnender Kampf um eine Ordnung. — Die Sozialdemokratie für Alkohol- und Vermögenssteuer, die Bürgerlichen für Erhöhung der Umsatzsteuer.

Berlin, 3. Jänner. (Eigenbericht.) Trotz dem die parlamentarischen Ferien noch nicht beendet sind, beginnen bereits die Vorbereitungen der Parteien für die Hauptarbeit dieses Winters. Der schärfste Kampf wird um die Frage geführt werden, auf welche Weise das Defizit im Etat gedeckt werden soll.

Reichsfinanzminister Hilferding will durch eine Erhöhung der Alkohollsteuern, der Vermögenssteuern und der Erbschaftsteuern die notwendigen Mehreinnahmen bekommen; die bürgerlichen Parteien dagegen verlangen die Wiedererhöhung der Umsatzsteuer, die vor einigen Jahren herabgesetzt worden war.

Die Fertigstellung des Etats scheiterte bisher daran, daß im Kabinett eine Einigung über die

Frage nicht erzielt werden konnte. Es wird nunmehr versucht werden, die an der Regierung beteiligten Parteien für ein Kompromiß zu gewinnen. Das wird voraussichtlich misslingen, weil die Sozialdemokraten nicht gewillt sind, eine Verteuerung des Warenverkehrs durch Erhöhung der Umsatzsteuer mitzumachen. Der Erhöhung der Alkohollsteuern stimmen sie zu, zumal in anderen Ländern Bier und Branntwein noch weit höhere Abgaben zu tragen haben als in Deutschland. In Rücksicht vor allem zieht man so hohe Beträge aus der Alkoholproduktion, daß die Sowjetregierung einen erheblichen Teil ihres Etats damit decken kann.

Wenn sich auch die Parteien über die Deckung nicht einigen können, wird der Reichstag selbst die Entscheidung zu treffen haben.

Die Landesvertretungen für den 14. einberufen.

Prag, 3. Jänner. Landespräsident Kubat hat den Antrag gegeben, die Mitglieder der Landesvertretungen für Montag, den 14. d. M. zur ersten Sitzung einberufen. Diese Sitzung wird lediglich der Eidesleistung und der Wahl des Landesauschusses gewidmet sein, worauf eine

längere Pause eintreten soll, um dem Landesauschuss Zeit zu geben, das Arbeitsprogramm für die nächste Sitzung vorzubereiten.

Auch die übrigen Landesvertretungen sollen ungefähr zum selben Zeitpunkt einberufen werden.

Tula in Untersuchungshaft

Nach vielstündigem Verhör durch den Untersuchungsrichter.

Pregburg, 3. Jänner. Amlich wird gemeldet: Auf Anordnung des Untersuchungsrichters der Sedrie in Pregburg wurde der Abgeordnete Redakteur Dr. Vojtěch Tula in der Strafangelegenheit wegen Verbrechen nach § 2, Absatz 2 und § 6, Art. 2, Absatz 3, des Gesetzes zum Schutze der Republik, heute um 15 Uhr als Beschuldigter zum Verhör in die Untersuchungsrichter-Abteilung des genannten Sedrie-richters vorgeführt. Gleichzeitig wurde auf Anordnung des Richters in seiner Wohnung und in seinem Redaktionssitz eine Durchsuchung vorgenommen. Das vorgefundene Schriftmaterial wird dem Gericht übergeben werden.

Kurz vor Blattschluß wird gemeldet, daß über Tula die Untersuchungshaft verhängt wurde.

Der Werftarbeiterstreik beendet.

Verbindlichkeitsklärung des Schiedsgerichts.

Berlin, 3. Jänner. (Eigenbericht.) Der Reichsarbeitsminister hat heute den am 21. Dezember gefällten Schiedspruch für die deutsche Werftindustrie als verbindlich erklärt. Die vorangegangenen Einigungsverhandlungen waren ergebnislos verlaufen.

Damit wird eine der längsten Streikbewegungen der letzten Zeit zu Ende geführt. Seit dem 1. Oktober, also seit über einem Vierteljahr, befanden sich 50.000 Arbeiter auf den deutschen Schiffswerften im Ausstand. Der deutsche Metallarbeiterverband hatte eine Lohnerhöhung um durchschnittlich 12 Pfennig pro Stunde sowie die Herabsetzung der Arbeitszeit von 52 auf 48 Stunden wöchentlich gefordert. Ein erster Schiedspruch, der den Arbeitern 4 Pfennig Zulage bei 48stündiger Arbeitszeit bewilligte, war von beiden Seiten abgelehnt worden. Ein neuer Schiedspruch, der auf Veranlassung des Reichsarbeitsministers gefallt wurde, erhöhte die Löhne um fünf Pfennig die Stunde.

leute an die Reihe. Diesmal war es eine Gruppe der Zucker- und Spiritusindustriellen, die das notwendige Betriebskapital hergab, und die geistigen Arbeiter an dem Blatte mußten zum drittenmale ihre Hirne und Seelen anderen Herren verkaufen. Mit dem 1. Jänner dieses Jahres sollte die „Tribuna“ ihre — wenn wir richtig zählen — vierte Wandlung, diesmal nach der chauvinistisch-reaktionären Seite hin vollziehen, wobei es zu dem oben erwähnten Abbruch der Verhandlungen und damit zur Einstellung ihres weiteren Erscheinens kam.

So entstehen und vergehen bürgerliche Zeitungen. Sie sind entweder Erwerbsunternehmungen, wobei sie aber selbst unter der Maske der „Unparteilichkeit“ die geistige Beeinflussung ihrer Leser im Sinne der kapitalistischen Weltanschauung betreiben oder sie dienen der politischen und wirtschaftlichen Interessenvertretung bestimmter kapitalistischer Gruppen. Vor einem Jahrhundert, in den Anfängen des Zeitungswesens, mochten die Zeitungen Führer im geistigen Kampf des Volkes sein. Sie sind seither, mit Ausnahme der Arbeiterblätter, zu Sprachrohren der Unternehmungen, zu Herrschaftsinstrumenten der bestehenden Klassen im Kampfe gegen die aufstrebende Arbeiterklasse geworden und dies in um so steigendem Maße, als die Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft fortschreitet und die Mobilisten sich durch den Aufstieg der sozialistischen Arbeiterbewegung in ihrem Herrschafts- und Profitstreben bedroht fühlen. Bei unserem modernen Unternehmertum haben wir es mit der Verherrlichung der raffiniertesten und aerischsten Manipulation zu tun. Der heutige Kapitalist ist sich in vollem Maße der Bedeutung der Presse

bewußt, er besitzt die Mittel, um sich die nötigen geistigen Kräfte zu kaufen und die ihm dienende Presse so auszubauen, daß sie schon durch ihre große Verbreitung ein wirksames Mittel der Beeinflussung großer Bevölkerungsmassen geworden ist. Diese Presse sucht nicht den Leser hinaufzuheben, hat nicht den Ehrgeiz, für große Ideale zu streiten, sie huldigt ungekehrt solchen Meinungen und jenem geistigen Geschmack, der ihr die größtmögliche Anzahl von Zeitungsläsern zuführt. Wie andere Unternehmungen erziehen und verkaufen, so produziert der Zeitungsunternehmer „öffentliche Meinung“. Mit einem Aufwand von ungeheuren finanziellen Mitteln werden Zeitungen gegründet oder aufgekauft, gehen in andere Hände über oder weiterveräußert, je nachdem sie bestimmten wirtschaftlichen oder politischen Interessen zu dienen haben und die an dieser bürgerlichen Presse tätigen Journalisten müssen, wie ihnen eben aufgetragen wird, Brillanten links und Brillanten rechts schreiben. Pünktlich und verläßlich wie Baumwolle, Liebe, Frauen und Kosenstoffe ist in der heutigen kapitalistischen Gesellschaft die geistige Arbeitskraft.

Den von den Kapitalisten für den Ausbau und die Verbreitung der bürgerlichen Presse aufzuwendenden ungeheuren Investitionen gegenüber hat die Arbeiterpresse einen schweren Stand. Ihr fehlen die finanziellen Mittel, um den von der bürgerlichen Presse erreichten Vorprung einzuholen, sie ist, weil sie täglich auf dem Posten stehen muß, um die Interessen des in seinem Aufstieg, ja in seinen Lebensrechten bedrohten Proletariats zu verteidigen und um die Eroberung neuer Positionen

Durch Korruption zur Macht.

Madame Hanau und die französische Republik.

Das politische Schicksal Frankreichs liegt im Augenblick in den Händen einer Frau. Von ihr hängt es ab, ob in nächster Zeit Minister fallen, Abgeordnete aus dem öffentlichen Leben verschwinden und andere ihre Sitze einnehmen werden. Schon jetzt sind zwei wichtige Gesetze geschaffen worden, die unmittelbar auf diese Frau zurückzuführen sind. Das eine erhöht die Abgeordneten-Däten von 45.000 auf 60.000 Franken im Jahre, das andere will gewisse private Funktionen der Abgeordneten unterbinden. Beide Maßnahmen sind miteinander verflochten. Die Däten-Erhöhung soll die finanzielle Unabhängigkeit der Abgeordneten sicherstellen, die Eingrenzung der Privatitätspflicht der Abgeordneten soll dem Mißbrauch von Parlamentsmandaten zur Erlangung persönlicher Vorteile vorbeugen. Allerdings sind die beiden Gesetze nicht mit gleicher Entschiedenheit formuliert worden. Während das erste sofort in Kraft tritt und die Abgeordneten schon vom 1. Jänner 1929 an in den Genuss der erhöhten Däten setzt, wird das zweite Gesetz erst nach den Neuwahlen Geltung erlangen — vorausgesetzt, daß die neue Kammer es nicht wieder aufhebt.

Wer ist nun die Frau, die solches zumege gebracht hat und vor der jetzt selbst prominenteste Politiker zittern? Wo kam sie her und wie ist sie zu diesem Einfluß gelangt? Sagen wir es sofort: es handelt sich um eine Abenteuerin, deren Leben den Stoff zu einem Sittenroman liefert, wie ihn sensationeller ein Emile Zola nicht erdacht haben könnte. Marthe Hanau — so heißt die Frau — war ursprünglich Näherin in Paris. Aber da dies ein ehrbares Gewerbe ist brachte es ihr gerade so viel ein, um sich schlecht und recht durchs Leben zu schlagen. War's der verführerische Glanz der französischen Hauptstadt mit ihren Börsen und Banken, ihren Theatern und Varietés, den rauchenden Kaminen und geselligen Festen, war's der blendende Luxus der adern, was ihre Begierden anjagte? Oder fühlte sie in sich die Kraft zu größeren Taten und war sie mehr zur Leiterin eines großen Finanzgeschäftes als zur einfachen Schneiderin bestimmt? Wenigstens hing ihr Gewerbe an den Nagel, heiratete einen kleinen Geschäftsmann und fing nun an, im großen an der Börse zu spekulieren. Die Gelder hierzu wurden auf eine höchst einfache Art beschafft. Marthe Hanau umgab sich mit einem über das ganze Land verstreuten Heer von Agenten, die die kleinsten Sparers für ihr Unternehmen interessieren und bei diesen die notwendigen Beträge locker machen mußten. Es versteht sich, daß diesen Spa-

zu kämpfen, nicht so „amüsan“ wie die bürgerliche Presse, aber was viel schlimmer ist: die Arbeiterklasse und sogar vieler ihrer Vertrauensmänner haben die große Bedeutung ihrer Presse, die doch das tägliche Verbindungsmittel zwischen der Partei und den einzelnen Parteigenossen ist, noch nicht in jenem Maße erkannt, wie die Kapitalistenklasse den Wert ihrer Presse für sie. Und doch müßte die Verdrängung und Ueberwindung der bürgerlichen Presse eine der allerersten Aufgaben der Arbeiterklasse sein. Ein Problem, das zu lösen ist, es mag die bürgerliche Presse die Leser mit ihrer „schmackhaften“ Aufmachung, mit ihrem Verwundungsfutter der „unterhaltenden“ Nachrichten und Erzählungen, ihren Sensationen und Sensationchen noch so locken, wenn es weitere Genossen an der nötigen Anhänglichkeit an ihre Presse und an der Arbeit für sie nicht fehlen lassen.

Die Geschichte der „Tribuna“ ist die Geschichte nur einer von den bürgerlichen Zeitungen, sie ist typisch für alle, denn alle stehen sie im Dienste und Golde des Unternehmertums und sie sind in ihrer Gesamtheit, werden wir uns dessen nur bewußt, die erste und stärkste Grobmacht im kapitalistischen Zeitalter, der Arbeiterklasse gefährlicher als alle politischen Verschwörungen der Bourgeoisie, gefährlicher als die Machtmittel des Staates, denn sie schlägt große Massen des arbeitenden Volkes in unheilbare, aber dafür nicht minder schwere Sklaventeiten. Die bürgerliche Presse ist eine Mienenfelle von Paz und Trug — jeder einzelne möge sich dies zehnmal am Tage sagen und darnach handeln!
W. N.

Die geheimnisvollen Konti.

Neue Enthüllungen in der Hanau-Affäre bevorstehend.

Paris, 3. Jänner. Der Untersuchungsrichter hat heute einen weiteren fiktiven Aktenzeichen, u. zw. den Kaufmann Laug unter Aufhängung gestellt. Lang wurde vorläufig in Freiheit belassen.

Im nationalistischen Abendblatt „Liberté“ macht deren Direktor Raymond neuerlich Anspielungen auf angebliche geheime Konti, deren sich in den Büchern der Frau Hanau im ganzen 61 befinden sollen. Die Personen, denen die Konti gehören, seien darin nur mit einer Schiffe bezeichnet. Das Blatt behauptet neuerdings, daß es sich insbesondere um

Konti mehrerer hervorragender politischer Persönlichkeiten handele. „Liberté“ verspricht, morgen weitere Einzelheiten über den Skandal zu geben.

tern auch etwas geboten werden mußte. Daran ließ es Marthe Hanau nicht fehlen: sie versprach jedem der Akten fünfzig Prozent Gewinn. Das reizte. Immer größer wurde die Schar der Akten, immer massenhafter flossen die Geldbeträge aus dem Laube ein. Denn Marthe Hanau versprach nicht nur, sondern sie zahlte auch die in Aussicht gestellten Gewinne. Allerdings nicht in bar, sondern in Form von eigenen Tochterunternehmungen, deren Sturz durch künstliche Manöver an der Börse auf das Ziel ihrer ihres Kennwertes heraufgetrieben worden war, während in Wirklichkeit überhaupt keine Deckerung dafür bestand. Nur zwei Drittel des eingezahlten Betrages kamen in der Regel wieder in bar zur Rückzahlung, so daß in jedem Falle ein Drittel in den Händen der Madame Hanau bzw. der von ihr gegründeten Gesellschaft blieb.

Nach dieser raffinierten Methode wurde jahrelang gearbeitet. Niemand witterte den Betrug. Auch dafür hatte Madame Hanau Vorkehrungen getroffen. Sie hatte nämlich ihr Unternehmen mit der Errichtung eines Börsenblattes, der „Gazette du Franc“, verknüpft, die in ständig wachsender Auflage verbreitet wurde und ganz in den Dienst ihrer Schwindelaktion gestellt war. Hier wurde Klatsch für die von der Gesellschaft gehandelten Papiere gemacht und jener Spiritismus fabriziert, der die kleinen Späcker überhaupt erst zur Vergabe ihrer Gelder bereiten ließ.

Nun gibt es in Frankreich wohl viele Hunderte solcher Blätter, so daß es nicht leicht ist, einer neuen Zeitung Eingang und Beachtung zu verschaffen. Wer indessen raffiniert genug ist, der weiß auch hier einen Ausweg. Man läßt einfach Personen mit bekannten und geachteten Namen als Mitarbeiter an dem Blatt aufsteigen. Dies war die Taktik, die auch Madame Hanau befolgte. Schon die ersten Nummern der „Gazette du Franc“ brachten Artikel aus der Hand französischer Minister und Abgeordneter. Damit erschien das Schwindelblatt als durchaus vertrauenswürdig qualifiziert. Auch die politische Haltung wurde der Konjunktur angepaßt. Im Anfang bekämpfte die „Gazette du Franc“ mit besonderer Schärfe den Linksblock und ließ recht laute nationalistiche Klänge ertönen, und später vertrat sie eine mehr fortschrittliche Richtung.

Aber auch damit ließ es die überaus betriebelame Madame Hanau nicht bewenden. Sie begriff, daß sie zum Schutze ihrer Schwindelaktion noch anderer Organe bedurfte als nur der „Gazette du Franc“. Zu diesem Zwecke gründete sie wiederum eine besondere Unternehmung die „Interpresse“, die zur Aufgabe hatte, den größten Zeitungen

Ihren Vorkurs abzugeben, um auch von hier aus die öffentliche Meinung im Sinne der Madame Hanau zu bearbeiten. Das gelang zunächst bei zwei großen Pariser Zeitungen dem „Rassemblement“ und dem „Quotidien“, sowie einer Provinzzeitung. Von diesen drei Blättern war der „Quotidien“ das angesehenste. Es ist vor etwa fünf Jahren gegründet worden und vertrat damals ebenso brillant wie leidenschaftlich die Auffassung des Linksblocks. Später ging es in den Besitz des jetzigen Landwirtschaftsministers Jean Denessin über, und viele wußten, daß dieser Agnalkfabrikant überhaupt nur in das gegenwärtige Rechtsblock-Kabinett aufgenommen wurde, weil Poincaré sich auf diese Weise wenigstens die Neutralität dieses gefährlichen Oppositionsorgans sichern wollte. Wie dem sei: durch den Verkauf des Vorkurses eines aktiven Ministers gehörigen Blattes an die Hochkaplerin Hanau werden deren Vergrößerungen zu einem eminent politischen Skandal, und man begreift nun, warum die Geschäfte der ehemaligen Näherin in Frankreich so viel Staub aufwirbeln,

zumal niemand weiß, was für Enthüllungen die mit eingeleiteten gerichtlichen Untersuchungen noch bringen werden.

Im ganzen sind jetzt acht Personen festgenommen worden, um denen sich u. a. der Direktor des „Rassemblement“, Lagueuil, sowie Pierre Audibert, der Abteilungschef des früheren Ministers de Monzie, befinden. Weitere Verhaftungen stehen offenbar noch bevor, und jedenfalls dürfte der Prozeß interessante Einblicke in die Beziehungen gewähren, die zwischen Profitt, Presse und Politik bestehen. Allerdings wird man auch damit rechnen müssen, daß alles versucht wird, um die Flammen des Brandes nicht allzu sichtbar in die Höhe schlagen zu lassen, denn gleichgültig, welches Maß von Schuld auf Madame Hanau und ihre direkten und indirekten Helfershelfer gehäuft werden mag — niemand kann es entgehen, daß diese Schwindelaktion aufs engste mit dem kapitalistischen System zusammenhängen, in dem Politik und Presse nun einmal nur die verlängerten Arme der Vorkursjäger und Dividendenjäger sind.

Zweiter Bundeswinterporttag

des deutschen Arbeiter-Turn- und Sport-Verbandes in Johannegeorgenstadt.

In der Zeit vom 30. Dezember 1928 bis zum 1. Jänner 1929 fand in Johannegeorgenstadt in Sachsen die bisher größte wintersportliche Veranstaltung des Deutschen Arbeiter-Turn- und Sportverbandes bei internationaler Beteiligung statt. Außer Österreich und dem tschech. Arbeiter-Turnverband war auch unser Aufziger Verband mit 26 Wettkämpfern beteiligt, die im Langlauf und Sprunglauf für die deutschen Genossen die härteste Konkurrenz bildeten.

Die kleine Bergstadt Johannegeorgenstadt war von vielen tausenden Arbeiter-Wintersportlern bevölkert. Überall sah man das weiße Dreieck auf den dunklen Wäldern leuchten. Höhen und Talschluchten grühten die Ankommenden. Zum Begrüßungsabend konnten Hunderte und Hunderte nicht zugelassen werden, der große Rathsaal war überfüllt. Die Gäste begrüßte im Namen der Johannegeorgenstädter Arbeiter-Gemeinschaft Genosse Bönig. Die Stadtverwaltung vertrat Bürgermeister Dr. Popovich. Für den tschechischen Turnverband sprach der Genosse Sanean. Unseren Verband vertrat der Genosse A. Reigner, dessen Ausführungen den lebhaftesten Beifall des Abends fanden. Genosse Sella vom Deutschen Verband dankte für die Gastfreundschaft der Johannegeorgenstädter, und hoffte, daß das Nürnberg-Bundesfest eine gewaltige Herrschaft der Arbeiterportler werde.

Die Wettkämpfe verliefen programmgemäß und reibungslos. Beim sonnigen Schauspringen (das Hauptspringen war Dienstag) gefielen besonders Wagner (Zschöberbau), Hoch (Johannegeorgenstadt), Schroll (Österreich) und unsere Genossen Schafak (Magdors) und der jugendliche Genosse Walter Gänther (Böhm.-Wiesenthal), der in der A-Klasse auf der großen Schanze aufsprang.

Wir bringen nur jene Resultate, bei denen Genossen unseres Verbandes starteten.

Auch die Beteiligung bei den Wettkämpfen war sehr stark.

Beim 12-Kilometer-Langlauf starteten 130 Läufer aus allen Teilen des Deutschen Reiches. Unser Bund stellte zum 12-Kilometer-Lauf 9 Wettkämpfer. 1. Wagner (Zschöberbau, Deutschland) 53:11 Min., 2. Weichert (Gornsdorf, Deutschland) 56:00 Min., 3. Dreßler (Marienberg, Aufziger Verband) 58:45 Min., 4. Hermann

(Böhm.-Wiesenthal, Aufziger Verband) 58:55 Min., 5. Linke (Marienberg, Aufziger Verband) 1:01:32 Stunden.

5-Kilometer-Lauf für Jugend (16-18 Jahre), 40 Teilnehmer. Aufziger Verband ein Teilnehmer. 1. Linke (Marienberg, Aufziger Verband) 6. Rang.

5 Kilometer Jugend (14-16 Jahre), 17 Teilnehmer. Aufziger Verband zwei Teilnehmer. 1. Kratz, 2. Zandig (Johannegeorgenstadt), 3. Themel, 4. Wolf (Barringen, Aufziger Verband).

20 Kilometer für Sportler (über 18 Jahre), 30 Teilnehmer. Aufziger Verband vier Teilnehmer. Der beste Läufer unseres Verbandes, Thomas (Marienberg), mußte wegen Verletzung aufgeben. Um so überraschender liefen die drei anderen Genossen, die ohne Erschöpfung durchs Ziel liefen.

1. Zander (Zschöberbau, Deutschland) 1:39:49 St., 2. Zandig (Zschöberbau, Sachsen) 1:40:51 St., 3. Wilmann (Johannegeorgenstadt) 1:42:50 St., 4. Thiele (Gömnitz, Sachsen) 1:44:38 St., 5. Paier Josef (Böhm.-Wiesenthal, Aufziger Verband) 1:45:25 St., 6. Wogner (Johannegeorgenstadt) 1:45:45 St., 7. Koller Hans (Böhm.-Wiesenthal, Aufziger Verband) 1:47:12 St., 8. Mauer (D. T. F. Prag) 1:47:28 St., 9. Bräuner (Marienberg, Aufziger Verband) 1:47:46 St., 10. Themel (Johannegeorgenstadt) 1:48:33 St.

Zusammengesetzter Lauf, 20 Teilnehmer (3 vom Aufziger Verband). A. Sprung: 1. Schroll (Bischshofen, Österreich) 17588 Punkte, 2. Hoch (Johannegeorgenstadt) 15500 Punkte, 3. Ezech (Dessendorf, Aufziger Verband) 14308 Punkte, 4. Wilmann (Georgenstadt, Aufziger Verband) 13625 Punkte, 5. Leuhard (Johannegeorgenstadt) 12750 Punkte, 6. Dreßler (Marienberg, Aufziger Verband) 12066 Punkte. — B. Lauf: 1. Hoch (Johannegeorgenstadt) 20000 Punkte, 2. Weichert (Zschöberbau) 19950 Punkte, 3. Schroll (Bischshofen, Österreich) 18667 Punkte, 4. Weichert (Zschöberbau) 18240 Punkte, 5. Dreßler (Marienberg, Aufziger Verband) 17964 Punkte, 6. Leuhard (Johannegeorgenstadt) 17867 Punkte. — Gesamtqualifikation: 1. Schroll (Bischshofen, Österreich) 36200 Punkte, 2. Hoch (Johannegeorgenstadt) 35500 Punkte, 3. Weichert (Gornsdorf) 30901 Punkte, 4. Weichert (Zschöberbau) 30656 Punkte, 5. Dreßler (Marienberg, Aufziger Verband) 30650 Punkte, 6. Leuhard (Johannegeorgenstadt) 30617 Punkte.

Der Schatz der Sierra Madre

Von E. Trauen. 45

(Verlag der Büchergilde Gutenberg, Berlin 1928.)

Aber wenn er dann wieder sah, wie gelächelt und wie planmäßig der Häuptling die Gegend durchforstete, wie genau er auf den Stand der Sonne achtete und auf die Schatten, die von den Berggipfeln geworfen wurden, mußte er doch erkennen, daß ein bestimmter Weg verfolgt wurde. „So ganz leicht, wie du es sagst, ist das nicht“, sagte der Häuptling. „Da sind Erdbenen gewesen, und da waren ein paar hundert Jahre lang Regenzeiten und Vollenbrüche und Erdbeben, da haben Flüsse ihren Lauf geändert, da sind Bäche versiegt und andere sind neu entstanden. Da sind kleine Bäume groß geworden, und große Bäume, die einmal Fels waren, sind gestorben. Es kann auch noch eine Woche dauern, Don Manuel, du mußt Geduld haben.“

Es dauerte auch noch mehr als eine Woche. Und der Häuptling sagte am Abend: „Morgen kann ich dir die Mine geben; denn morgen habe ich sie in meinen Augen.“ Don Manuel wollte wissen, warum er nicht gleich heute mit dem Häuptling reisen könne, als jener befragte: „Dann hätten wir trotzdem bis morgen warten müssen, weil die Sonne nicht im Ziel stand. Jetzt steht sie im Ziel. Ich weiß auch sehr ein paar Tage, wo der Weg ist, aber morgen habe ich die Mine und kann sie dir geben.“

Wirklich, am folgenden Tage fanden sie die Mine in einer Schlucht. Da ist einmal der Berg abgebrochen. Das kannst du auch sehen. Darum war es so schwer, den Platz zu finden. Da liegt die Mine, und sie ist nun dein. Mein Haus müßt du aber heute verlassen“, sagte der Häuptling. „Warum? Ich würde es auch so verlassen, denn ich will in der Nähe der Mine mein Haus bauen.“

„Ja, mein Haus ist nun nicht mehr gut. Du hast die reiche Mine und bringst keinen Segen.“ Der Häuptling wollte ihm die Hand reichen, aber Don Manuel sagte: „Warte, Aquila. Ich möchte dich noch etwas fragen. Wenn ich von dir hunderttausend Goldgulden verlangt hätte, damit ich deinen Sohn heilen soll, hättest du dann nicht die Mine selbst aufgegeben?“ „Gewiß hätte ich das getan“, sagte der Gefragte, „ich wollte doch mein Kind geheilt sehen. Aber wenn ich die Summe gehabt hätte, würde ich die Mine wieder verpfändet haben, weil Gold nicht gut ist. Was hätte ich auch tun können? Die Spanier würden es erfahren, und sie hätten mich, meine Frau und meinen Sohn ermordet, um die Mine zu bekommen. Nach euren Sitten wird ja wegen Gold immer gemordet. Sei vorsichtig, Don Manuel, daß nicht auch du gemordet wirst, wenn deine Leute wissen, daß du eine Goldmine hast. Wenn sie wissen, daß du nicht weiter hast als Brot und Tomillas, wirst du niemals gemordet. Ich will immer dein Freund bleiben, aber wir müssen uns nun trennen.“

Don Manuel begann hier sein Lager aufzulösen, und Aquila zog zurück zu seinem Hause, das eine Tagereise west von der Mine eisern lag. Vor seiner Abreise hatte sich Don Manuel die Certificados von der Regierung verschafft, die ihn verzeigten, nach Edelmetallen zu suchen und die Plätze, wo er welche fände, mit seinem Bergungsrecht zu besetzen. Er reiste zurück in die nächste Stadt, wo er seine Frau zurückgelassen hatte, brachte seine Frau mit sich, und zu gleicher Zeit warb er Arbeiter an und kaufte die notwendigen Maschinen, Werkzeuge und Sprengmittel. Nun ging er an die Arbeit, die Mine freizulegen. Seine nächsten Erwartungen wurden übertrumpft. Die Mine war so reich an Silber, daß sie alle anderen bekannten Minen überbot. Sie gab als Hauptprodukt Silber, aber als Nebenprodukt kaum auch Gold mit vor.

Viele Vorurteile hatten ihn gelehrt, daß es am besten sei, wenn man nicht zu sehr von sel-

ner Miene spreche, sie nicht zu sehr preise. Nicht nur Privatpersonen, sondern selbst die königlichen Beamten und die hohen Würden Träger der Kirche verstanden es nur zu gut, einem Manne, der nicht genügend Macht im Rücken hatte, die Mine aus den Händen zu spielen. Der Besitzer verschwand plötzlich, niemand wußte, wo er geblieben war, und die Mine wurde als herrenloses Gut entweder der Krone oder der Kirche überwiesen. Die Inquisition, die in Mexiko viel länger ihre unheilvolle Macht ausübte als irgendwo sonst auf der Erde, die erst endgültig hier verschwand, als die Revolution siegte und das Land eine freie und unabhängige Republik wurde, wirkte zu jener Zeit noch immer mit ungeschwächten Kräften. Es genügte, daß ein Bischof Kenntnis einer reichen Mine erlangte, und der Fürst und Besitzer jener Mine wurde wegen Gotteslästerung, Heberei, Zauberei, mangelnden Respekts gegen die Wunderkraft eines Gnadenbildes von dem Tribunal der Inquisition geschleppt. Vor diesem Tribunal zitterte selbst der mächtigste Mann im Lande, der Bischof. Wenn er geladen war, trat er diesem Tribunal nur in Begleitung einer schwerbewaffneten Leibwache gegenüber mit der Ankündigung, daß seine Truppen und die Artillerie den Befehl haben, auf das Gebände der Hohen Inquisition rückwärts zu feuern, falls er innerhalb einer kurz bemessenen Frist nicht wieder in seinem Balaiste sei und sich seinen Soldaten gezeigt habe. Das konnte dann so ein einfacher Privatmann sein? Es traten zehn oder zwanzig Zeugen auf, die beschworen, gesehen zu haben, daß der Mann vor der Monstranz nicht gekniet habe, oder die gehört hätten, daß er gesagt habe, es falle ihm schwer, zu glauben, daß der Sohn gleichzeitig sein eigener Vater sein könne, oder daß der Papst seine Jerümer begehren könnte. Und wurde das beschworen, so wurde der Missetäter verbrannt, und er durfte es als besondere Gnade ansehen, wenn er nicht lebendig verbrannt, sondern vor der Verbrennung erdroffelt wurde. Wie immer

Ungewöhnliche Demokratie.

Skandalöse Heimatsrechtpraxis.

Im Berliner „Vorwärts“ lesen wir: Jeder Bürger Österreichs hatte das Staatsbürgerrecht in dem ganzen weiten Reich vom Böhmerwald bis an den Pruth und von Bodenbach bis Cattaro. Als die Nachfolgestaaten entstanden, lebten auf ihren Gebieten Unzählige, die nun plötzlich Ausländer waren, da sie in einem anderen Nachfolgestaat „zuständig“ waren und sich nicht um die Erlangung des Heimatsrechtes an ihrem Wohnort bemüht hatten.

Zeidem das tschechische Gesetz zum Schutz der heimischen Arbeit besteht, etwa zweieinhalb Jahre, werden nun Deutsche, die in Österreich, Polen, Südböhmen usw. heimatsberechtigigt waren, meist sogar, ohne ihre „Heimat“ zu kennen, nicht mehr in der Tschechoslowakei eingebürgert, es sei denn, sie hätten als reiche Leute die nötigen Beziehungen oder das Geld für ganz hohe Gebühren.

Wir erfahren, in welchem Geist und zu welchem Zweck die Gendarmerie Einbürgerungsanträge nachzugehen hat, aus folgender — natürlich vertraulicher — Dienstausweisung:

„Zur vertraulichen Erhebung durch die Gendarmerie, zu welcher Nationalität er sich bekennt, welcher politischen Ueberzeugung er und seine Familienmitglieder sind, in welchem nationalen Geiste der Haushalt, und die Erziehung der Kinder geführt wird, in welche Schulen diese schickend werden, in welcher Gesellschaft, in nationaler Beziehung sich die Familienmitglieder überwiegend bewegen, welchen Vereinen oder politischen Parteien sie als Mitglieder angehören und in welcher Weise sie überhaupt am politischen Leben teilnehmen, weiter bzw. in welcher Weise der Genannte Zuneigung zum tschechoslowakischen Staate äußert, insbesondere ob und mit welchem Betrage er sich selbst bzw. seine Gattin bisher an der Zeichnung tschechoslowakischer Staatsanleihen oder öffentlichen Wohltätigkeitsaktionen beteiligt hat.“

Danach ist es klar, daß Einbürgerungsanträge von Deutschen ausfischlos sind. Einer Zeit, in der Deutschbürgerliche in der Regierung sitzen, ist diese Behandlung deutscher Arbeiter und Angehöriger einer demokratischen und nach ihren Gründungsprinzipien sozialen Republik vorbestehen geblieben.

Der Stand der Bodenreform in der Tschechoslowakei.

Reich beteiligte Großgrund- und Restantbesitzer. — Ein neuer Bodenreformskandal in der Slowakei.

Das Staatsbodenamt veröffentlichte soeben eine Uebersicht über die Ergebnisse der Bodenreform im ersten Jahrzehnt der Republik. Daraus geht unter anderem hervor, wie groß die Bodenfläche war, die den Großgrundbesitzern überlassen wurde. Der Eigentümer des beschlagnahmten Bodens hat nämlich nach § 11 des Beschlagnahmegesetzes den Anspruch, daß ihm 150 Hektar landwirtschaftlichen Bodens oder 250 Hektar Boden überhaupt belassen werden. Nach der Statistik des Bodenamtes hat nun das Amt 1680 Großgrundbesitzer insgesamt; 499.019 Hektar Boden, davon 291.144 Hektar landwirtschaftlichen Bodens belassen. Durchschnittlich wurden nach dem § 11 des Gesetzes einem Großgrundbesitzer 297 Hektar 57 Ar Bodens belassen. Aber die Großgrundbesitzer konnten noch mehr für sich erkämpfen. Nach § 20 des Gesetzes können nämlich den bisherigen Eigentümern auch Grundstücke belassen werden, die irgend eine historische Bedeutung haben oder sich durch Naturschönheiten auszeichnen. Unter diesem Titel wurden 698 Groß-

aber auch die Strafe ausfiel, war beschworen worden, daß er schuldig sei, so verfiel sein ganzer Besitz der Kirche. Darum war es durchaus nicht so merkwürdig, daß hier diejenigen Leute, die reichen Besitz hatten oder die sich weigerten, der Kirche und den Mönchen das Land oder die Mienen, die sie begehrten, freiwillig abzutreten, oft viel rascher der Heberei angeklagt und schuldig gesprochen wurde als arme Indianer, die von der Inquisition viel alimpflicher behandelt zu werden pflegten; denn wer sollte für den armen Indianer die hohen Kosten der komplizierten Untersuchung zahlen? Denn hoch waren die Kosten für das Tribunal. Es tat niemand etwas umsonst, wie die Akten beweisen, und die Zeugen waren die allerlechtesten, die es blüß machten aus Rücksicht für den heiligen Zweck. Die Macht einer jeden Religion ist begrenzt. Keine Religion kann diese Grenzen berühren oder gar zu überschreiten versuchen, ohne abzustürzen. Eine Religion, die zu stark geworden ist, eine Religion, die ihre Elastizität so sehr verloren hat, daß sie sich in die Entwicklung und in die Zeit nicht mehr einfügen kann, stirbt ab. Es können nicht ewig ungestraft Kriege geführt werden von Völkern, deren Religion ihnen verbietet, das Schwert zu ziehen, und deren Religion ihnen gebietet, nicht zu töten.

Don Manuel war gewichtig dank der reichen Erfahrungen, die andere gemacht hatten. Er schickte sein Silber und sein Gold fort. Er speicherte es auf und wartete auf seinen Tag. Trost ihm die Mine so reichen Gewinn abwarf, behandelte er doch seine indianischen Arbeiter recht erbarmlich, zahlte ihnen kaum so viel Lohn, daß sie satt wurden, ließ sie arbeiten, bis sie zusammenbrachen oder gar wegstarben, und wenn sie nicht genügend schafften, ließ er noch mit der Peitsche nachhelfen. Mit Regen läßt sich so für eine lange Zeit wirtschaften, mit Indianern nicht.

(Fortsetzung folgt.)

Eine deutschnationale Zeitung jubiliert.

In denselben Tagen, da eine besonders charakteristische Anektion des tschechischen Journalismus, die in allen Gefinnungen erprobte „Tribuna“ das Zeitliche segnet, feiert ein Blatt des deutschen Bürgertums sein zehnjähriges Jubiläum. Die Troppauer „Deutsche Post“, kein großes Blatt zwar, aber ein umso lauterer, hat am 1. Jänner das Jubiläum seines zehnjährigen Bestandes gefeiert. Aus diesem Anlaß trug auch unser Troppauer Bruderblatt, die „Volkspresse“ ihr Schärfelein zum Gelingen der Jubelfeier bei, indem sie ein zu Unrecht vergessenes Dokument aus der Entstehungszeit des führenden Blattes des schlesischen Bürgertums hervorholte. Die Vorgängerin der „Deutschen Post“ war die „Deutsche Wochenschrift“, ein wüßtes Radaublatt, das nicht zuletzt deshalb einging, weil seine gedrängtesten Leser dieses Ausmaß von Arroganz nicht vertrugen. Es galt damals, dem deutschnationalen Volk einen neuen Schauplatz zu verschaffen und so leitete man die Gründung des neuen Blattes mit folgendem Rundschreiben ein:

Euer Hochwohlgeboren!

Bekanntlich sind die Verhältnisse der deutschbürgerlichen Presse in Schlesien geradezu trostlos geworden; unsere deutschen Blätter sind zu völliger Bedeutungslosigkeit herabgesunken und die deutschbürgerlichen Anschauungen kommen in der Provinzpresse kaum mehr zum Ausdruck, während die gegnerische Presse in Ausnützung der Zeitumstände mit Hochdruck arbeitet. Hierin liegt eine ungeheure Gefahr für das Deutschtum und es ist allerhöchste Zeit, diesem schweren Nebelstande ein Ende zu bereiten.

Auf Anregung und unter Mitwirkung des Volksbildungsvereins der deutschen Reichs- und Landtagsabgeordneten hat sich ein Presseauschuß gebildet, welcher die Gründung eines neuen deutschen Blattes vorbereitet. Dieses Blatt, welches die Aufgabe hat, die gemeinsamen Interessen ganz Schlesiens und des Deutschtums in Schlesien sowie eine gesunde wirtschaftliche Entwicklung unter gleichmäßiger Wahrung der Interessen aller Wirtschaftsklassen und aller erwerbenden Stände energisch und sachlich in maßvoller und würdiger Sprache zu vertreten und zu fördern soll unter Leitung eines trefflichen Berufschriftleiters das nächste Blatt für West- und Ostschlesien werden. Hierzu ist ein Gründungskapital von 300.000 Kronen (öster. Kronen, also ungefähr 1.800.000 Kč Ann. d. Red.) erforderlich. Dessen Betrag werden und müssen die Deutschen Schlesiens aufbringen. Etwa die Hälfte dieser Summe ist bereits durch Zeichnung großer Spenden von 10.000 Kronen und 3000 Kronen sichergestellt. Weitere große Spenden im Betrage von zusammen etwa 50.000 Kronen stehen in sicherer Aussicht, der dann noch fehlende Betrag von 100.000 Kronen kann nur aufgebracht werden, wenn sich alle Deutschböhmen an

der Aufbringung nach Kräften beteiligen. Es ergeht daher an Euer Hochwohlgeboren die ergebene Bitte . . .

Die Beiträge werden von den Beitragsleistenden a fond perdu erbeten. Der Auschuß geht jedoch von dem Grundsatze aus, daß ein allfälliger Reinertrag des Blattes den Spendern, sofern sie darauf reflektieren, zustehen soll. Ueber die Form dieser Beteiligung wird nach dem Ergebnisse der Zeichnungen endgültig entschieden werden.

Bemerkt muß werden, daß sich der sofortigen Neugründung wegen der Unmöglichkeit der Beschaffung einer Rotationsdruckmaschine Rotationszeitungspapier usw. überaus große Schwierigkeiten entgegenstellen. Dennoch muß schon derzeit die finanzielle Grundlage gesichert werden um sofort nach Beendigung dieser Schwierigkeiten mit dem neuen Blatte an die Öffentlichkeit treten zu können.

Indem sich der Auschuß der sicheren Erwartung hingibt, daß Euer Hochwohlgeboren dem überaus wichtigen, die Lebensinteressen des Deutschtums in Schlesien berührenden Unternehmungen die erbetene Förderung nicht verweigern werden, zeichnen

Mit deutschem Heilgrüße

Für den Volksbildungsverein der deutschen Reichs- und Landtagsabgeordneten: Dr. Ferd. Pohl

Für den Presseauschuß: Der Obmann: J. Barisch

Die Mitglieder des Presseauschußes: Heinrich v. Janotta m. p.; Gustav Jeserich (Bielitz) m. p.; Dr. Robert Freißler m. p.; Richard Andratschke (Jägerndorf) m. p.; Josef Rozdon (Stroschau) m. p.; Dr. Hugo Neuffer m. p.; Dr. Johann August m. p.; Dr. Wilhelm Runtz m. p.; Dr. Otto Benzelsiedel m. p.; Viktor Seeger m. p.; Franz Neurebauer (Teischn) m. p.; Direktor Pleisch (Bielitz) m. p.

Im Jänner 1919 erschien das neue Blatt, das verhältnismäßig anständig geführt war. Das paßte aber den Herren Gründern nicht, sie kündigten dem Chefredakteur und schufen sich eine neue Redaktion mit einem neuen Kurs. Ein ehemaliger Kapp-Anhänger wurde der Leiter der Zeitung und führte sie als völkische Heftblatt gewöhnlicher Sorte. Aber mit diesem Kurs verlor man wieder die Auserwählten der jüdischen Firmen. Also entschloß man sich zur Mäßigung und vereinigt heute wieder nationale Politik mit jüdischen Annoncen, wobei man allen Wert darauf legt, nur als „unvolkisches Nachrichtenblatt“ zu gelten. Und derartige Erzeugnisse, deren es heraufzählende Tausende gibt, bestimmen die „öffentliche Meinung“ weiter Kreise, leider auch immer noch lauterer Arbeiter!

Barler Gilbert in New York.

Sein Bericht sei in Deutschland mißverstanden worden.

New York, 3. Jänner. Barler Gilbert erklärte bei seiner Ankunft an Bord der „Beregaria“ den Pressevertretern, er komme ganz inoffiziell zu seinem üblichen Weihnachtsbesuch nach Amerika. Im Ganzen werde er etwa 14 Tage in den Vereinigten Staaten bleiben und dann nach Berlin zurückkehren. Der Rückweg nach Berlin werde wahrscheinlich über Paris führen. Für die Dauer seines Aufenthaltes in Amerika seien keine Konferenzen vorgesehen.

Auf die Frage, ob er Coolidge, Staatssekretär Mellon und andere in Washington sprechen werde, antwortete Gilbert „vermutlich“, er wiederholte jedoch, daß alle etwaigen Besuche und Besprechungen dann inoffiziellen Charakter tragen würden.

Gilbert lehnte es ab, seinen Jahresbericht zu erörtern, und erklärte, er habe noch keine Kommentare gelesen. Die Pressevertreter wiesen auf die deutschen Kommentare des Berichtes hin und besonders auf die Einwände, die von deutscher Seite an den Feststellungen des Berichtes hinsichtlich der Auslandsanleihen geknüpft werden. Gilbert meinte lächelnd, die deutschen Kommentare beruhen wahrscheinlich auf einer hastigen Durchsicht seines Berichtes. Fähe der deutsche Text vorgelesen, so würden die deutschen Kommentare wahrscheinlich anders lauten. Auf die Frage, ob er der Sachverständigenkommission irgend welche Vorschläge unterbreiten werde, erklärte Gilbert, dies sei nicht seine Sache. Auf die weitere Frage, ob er ersucht worden sei, Vorschläge zu unterbreiten, lehnte Gilbert eine Beantwortung ab, indem er erklärte, dies sei eine Sache, die nur die verschiedenen Regierungen angehe.

Genosse Radimsky gestorben.

Wien, 3. Jänner. (Eigenbericht.) Heute ist in Wien Genosse August Radimsky an Leberkrebs gestorben. Radimsky, der im Jahre 1862 in Gomniz bei Nischin geboren wurde, hat in den Anfängen der nordböhmischen Arbeiterbewegung sowohl bei den Deutschen wie bei den Tschechen

Tagesneuigkeiten.

Schwere Sturmkatastrophe in Japan.

Tokio, 3. Jänner. (Tsch. P.-B.) Die Nordostküste Japans wurde gestern durch einen heftigen Meeressturm erheblich beschädigt. Hunderte an der Küste stehende Häuser im Gebiete von Niigata wurden zerstört. 56 Personen wurden getötet und eine große Zahl verletzt. Die Telegraphen- und Telefonleitungen sind unterbrochen.

Der Dampfer „Tophomi“ soll untergegangen sein. Von der Besatzung retteten sich 4 Mann, die übrigen 31 kamen ums Leben.

Unwetter in den Mittelmeerländern.

Rom, 3. Jänner. Aus Mittelitalien treffen Unwettermeldungen ein. Auch an der französischen Küste tobt ein schweres Unwetter. — Seit einigen Tagen dauern in zahlreichen Gebieten Frankreichs starke Fröste an. An einigen Stellen waren sie von Schneewehen begleitet, die beträchtlichen Schaden anrichteten. Aus La Carlotta wird gemeldet, daß gleichzeitig mit dem Schneewehen ein heftiger Mistral auftrat, wodurch erhebliche Zugversärfungen verursacht wurden. Zahlreiche Telefon- und Telegraphenleitungen sind unterbrochen. In der Nacht zum Mittwoch ist über Sarajossa (Spanien) ein schweres Unwetter niedergelassen. Telegraphen- und Telefonleitungen sind unterbrochen, die elektrischen Leitungen zerstört. Infolge zahlreicher Kurzschlüsse erlitten mehrere Personen Brandwunden. Ein Mädchen wurde durch einen elektrischen Schlag getötet. Der Straßenbahnbetrieb ist eingestellt.

Schneeverwehungen in Oesterreich.

Wien, 3. Jänner. Der seit Neujahr in ganz Oesterreich fast ununterbrochen anhaltende Schneefall rief im südlichen Teile Oesterreichs bereits Verzögerungen im Zugverkehr hervor. So war der Trester Schnellzug gestern abends noch nicht in Graz eingetroffen. Dagegen haben sich nach dem Bericht der Bundesbahndirektion auf der Westbahn bisher keine größeren Versärfungen ergeben. Im Wiener Stadtverkehr ergaben sich vorübergehend Schwierigkeiten, besonders durch mehrfache Engpassstellen von Straßenbahnen.

Brand bei Schicht.

Auffig, 3. Jänner. (Eigenbericht.) Heute gegen 7 Uhr abends brach in der Laderelei der Firma Schicht in Schiedensdorf ein Brand aus, der sich sehr rasch ausbreitete, da ihm das reiche Holzmaterial sowie Laub und Stroh reichliche Nahrung boten. Dem raschen und energischen Eingreifen der Feuerwehr gelang es jedoch, in kurzer Zeit den Brand zu löschen, so daß die aus Auffig und Umgebung vorhandenen Feuerwehren nicht mehr eingreifen mußten. Die Laderelei, in der sich Klempnerwerkzeuge aus verschiedenen Material befanden, ist vollständig ausgebrannt; auch die Dächer der umliegenden Gebäude sind beschädigt. Der Brand dürfte infolge Kurzschlusses entstanden sein. Die Höhe des Schadens konnte noch nicht festgestellt werden, ist aber sehr bedeutend. Verletzt wurde niemand.

Geschlechtsmoral mit doppeltem Boden.

Die Hofstadt Warna am Schwarzen Meer, der Sommerort des Königs und der reichen Bulgaren, steht Kopf wegen einer Skandalaffäre: 21 Schülerinnen der höheren Klassen des dortigen Mädchen-Gymnasiums sind von der Schule ausgeschlossen worden, weil sie wiederholt zu nächtlicher Zeit mit Gymnasialisten und Studenten der Handelsakademie in eigens dazu gemieteten Zimmern „amoralische Orgien“ veranstaltet haben. Bei den ausgeschlossenen Schülerinnen handelt es sich ausschließlich um Töchter der sogenannten besten Gesellschaft, die sich in einem Geheimklub „Weites Herz“ zusammengeschlossen hatten.

Warna galt bisher in Spiegeltreisen als der Dichtung höchster Moral in Bulgarien. In den Strandbädern dürfen sich die Badegäste in den warmen Monaten nur küßlich getrennt nach Geschlechtern tummeln. Ein Komitee, das sich wesentlich aus Damen jener vornehmen Gesellschaft rekrutiert, denen auch die 21 ausgeschlossenen Gymnasialistinnen angehören, machte wie ein Cerberus über die Wahrung der „alten“ Sitten in Warna. Als in der letzten Saison die Kurgäste verlangten, daß zumindest Familien ein gemeinsames Bad erhielten, erhob sich in diesen Minderheiten ein Entrüstungssturm.

Sprung aus dem brennenden Gebäude.

Großfeuer in Rön.

Rön am Rhein, 3. Jänner. In einem vierstöckigen hohen Hause auf dem Wilhelmstraße, in welchem sich u. a. auch eine Firma zur Herstellung von Bandagen, Leibgürteln, Brustbändern usw. befindet, entstand heute in den Vormittagsstunden, vermutlich durch Kurzschluss im überlasteten Lichtleitungsnetz, ein Großfeuer, das schnell die hölzerne Treppe von unten bis oben in Flammen steckte. Den Bewohnern wurde der Weg abgeschnitten, so daß sich die Feuerwehr bei der Rettung der Bewohner des Sprungtuches bedienen mußte. Mehrere der Abspringenden wurden mehr oder weniger schwer verletzt, darunter auch der Inhaber der erwähnten Firma. Das Haus ist so gut wie ausgebrannt; die Treppen und Decken sind eingestürzt.

15 Arbeiter ertrunken.

Lüttich, 3. Jänner. (Havas.) Ein Autocar, in dem zahlreiche Arbeiter nach Comblain fuhren, ist in den Fluß Ourthe gekürzt, wobei fünfzehn Arbeiter ertranken.

Parteigenossin! Parteigenosse!
Bist du schon Mitglied
der
„Kinderfreunde?“
wenn nicht, dann tritt bei.
„Freundschaft!“

grundbesitzern 362.192 Hektar Bodens oder durchschnittlich einem Großgrundbesitzer 520 Hektar belassen. Es gibt aber noch eine dritte und vierte Möglichkeit für die Großgrundbesitzer, sich Boden anzueignen. Nach § 39 des Gesetzes können den Besitzern auch Objekte überlassen werden, welche rechtlich und wirtschaftlich selbständig sind und nicht zur Wirtschaftsführung auf dem beschlagnahmten Boden dienen. Dementsprechend wurden in 1311 Fällen 9507 Hektar Bodens mit den entsprechenden Objekten (38 Ruderfabriken, 39 Bierbrauereien, 13 Spiritusbrennereien, 102 Mühlen, 59 Ziegeleien, 20 Sägen, 640 Häuser, 197 Gastwirtschaften, 118 Industrieobjekte und 84 andere Objekte) den Großgrundbesitzern belassen. Schließlich ist es nach § 7 des Gesetzes möglich, mit Zustimmung des Bodenamtbesitzer zu verkaufen. Das Staatsbodenamt hat nun den Großgrundbesitzern die Erlaubnis erteilt, insgesamt 405.204 Hektar Bodens zu verkaufen. Die Großgrundbesitzer haben daraus einen Gewinn von 1164,5 Millionen Kronen gezogen.

Was die Restgüter anbetrifft, wurden insgesamt 1532 solcher Güter geschaffen, die ein Ausmaß von 134.809 Hektar haben. Die Durchschnittsgröße eines Restgutes beträgt demnach 86 Hektar und 20 Ar.

An Kleinguteilungen wurden 304.720 Menschen mit 445.185 Hektar beteiht. Es entfielen also auf einen Menschen 1 Hektar 46 Ar. Abgewiesen wurden 229.865 Bewerber um Boden.

Eine treffende Illustration zu dem Bericht des Bodenamtbesitzer übrigens ein Skandal, bei dem es sich um folgendes handelt. Im Jahre 1927 hat das Bodenamt dem Grafen Apponyi gestattet, seinen Großgrundbesitz Rablonic an einen Cyril Dobosil in Prag, einen bekannten Rasenisten, um 9,5 Millionen zu verkaufen. Gleichzeitig gab das Bodenamt die Bewilligung, daß auf das Gut eine Hypothek von 11 Millionen aufgenommen werde. Schon daraus geht hervor, wie billig die Herren Rasenisten das Restgut gekauft haben. Wie die „Nova Doba“ meldet, ist dieses Gut für den General Gajda gekauft worden und es sollte damit in folgender Weise spekuliert werden. Ein Teil des Besitzes sollte parzelliert, aus dem anderen aber ein Restgut für Gajda gemacht werden. Einige Zeitungen haben nun diesen Skandal aufgegriffen und es steht abzuwarten, was das Bodenamt nun tun wird.

Ausschluß zweier Senatoren und eines Abgeordneten aus der kommunistischen Partei.

Das „Rude Právo“ brachte in seiner Neujahrsummer an verstedter Stelle zwischen Insetoren folgende Mitteilung:

In der Sitzung des Pol. Büros vom 24. Dezember 1928 wurde einstimmig beschlossen, aus der A. P. C. auf Grund des dritten Absatzes des § 45 des Organisationsstatutes wegen schwerster Vergehens gegen die Parteidisziplin den Senator Richard Reiter aus Brünn, den Abgeordneten Josef Cermak aus Budweis und den Senator Ivan Vodnar aus Brudov in der Karpaten-Ukraine beschließen.

Welches Vergehens sich die drei Genannten schuldig gemacht haben, wird aus der Note des „Rude Právo“ nicht klar. Abgeordneter Cermak ist Ehrenschöner und im Kreis Budweis gewählt, Senator Vodnar ist ein Kleinbauer aus der Karpaten-Ukraine. Der Senator Reiter ist bisher noch nicht hervorgetreten.

Die Ernennung der Mitglieder der Bezirksvertretungen soll — wie die „Morobni Visty“ melden — noch heute erfolgen.

Zur Auflösung der bisherigen Vertretungsbezirke. In der Sitzung am 14. Dezember 1928 hat der Vorstand des Verbandes der deutschen Selbstverwaltungskörper folgende Grundgebungen beschlossen: Da mit dem Inkrafttreten des Verwaltungsreformgesetzes am 1. Dezember 1928 die bisherigen Vertretungs- und Straßenbezirke zu bestehen aufgehört haben, erachtet es der Vorstand des Verbandes der deutschen Selbstverwaltungskörper in der Tschechoslowakischen Republik für seine Pflicht, diesen Körperschaften für ihre mehr als 60jährige erfolgreiche Tätigkeit im Dienste der Selbstverwaltung Dank und Anerkennung auszusprechen. Mit Genehmigung können die ehemaligen Amtswalter dieser Selbstverwaltungskörper auf das zurückblicken, was sie um Wohle der Öffentlichkeit geleistet haben. Der Vorstand dankt auch für das Verständnis und Entgegenkommen, welches die Bezirke dem Verbande gezeigt haben und versichert, daß der Verband der Zusammenarbeit mit den autonomen Bezirken stets gerne gedenken wird.

Den Reibig hat der Gewinner erlitten. Aus Vregburg wird berichtet: In der Ortschaft An...

Schiffuntergang im Nebel. Im nördlichen Fahrwasser der Elbe Osthand fuhr der holländische Dampfer „Satavier“ im Nebel auf den deut-

Der Meisterfäher. Eine genial organisierte Fälscherbande be-

Das System, nach dem die Bande arbeitet, ist meisterhaft durchdacht. Grundzug ist, daß die unteren Stellen die leitenden nicht persönlich kennen und darum vor der Polizei auch beim besten Willen nichts ausplaudern können.

Lebenslehren.

Witscha war grabherzig und vertrauensselig. Er merkte lange Zeit nichts von der Heuchelei und Verstellung der Erwachsenen.

Kleine Chronik. Frühsterblichkeit der Säuglinge.

Unter Frühsterblichkeit versteht man die Sterblichkeit der Säuglinge während der ersten Lebenswochen.

Die Säuglingssterblichkeit ist im allgemeinen seit Beginn dieses Jahrhunderts dem Fortschreiten der Säuglingsheilkunde und der Arbeit der Säuglingsfürsorgestellen wesentlich zurückgegangen.

Es ist das Verdienst von Professor Kott von der Reichsanstalt zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit, auf die Wichtigkeit dieser Frage erst längst erneut hingewiesen zu haben.

Die Ursache für die Frühsterblichkeit ist schwer erkennbar. Es ist kaum anzunehmen, daß die geburtsärztliche Versorgung der Bevölkerung sich gegenüber der Vorkriegszeit verschlechtert haben sollte.

Sehr wichtig ist nämlich folgendes Gesichtspunkt: Der Geburtenrückgang der letzten zwölf Jahre erstreckt sich besonders auf die späteren Geburten.

Bei der Frühsterblichkeit kommt ein Viertel der Sterbefälle auf die ersten drei Viertel der Sterbefälle kommen auf die unweilen „Früher“.

Aufgabe des Geburtshelfers ist es, die Sterbefälle durch Verbesserung der Geburtshilfe und Bekämpfung von Arzt- und Hebammen einflusskräften, ferner die Anzahl der Frühgeburten durch rechtzeitige vorherige Feststellung der möglichen Ursachen und Beseitigung dieser Schäden zu vermindern.

Ein tragischer Jagdunfall hat sich in der Nähe von Linz (Oesterreich) abgepielt. Der Hotelbesitzer Johann Raug zielte so unvorsichtig, daß er den Gemeinderat Eidsheiminger in die Brust schoß.

„Der hat wieder was erdichtet. Er quält mich nämlich seit heute früh, mit ihm spazieren zu gehen. Er weiß, daß ich dich nicht vor Abend fortlassen werde. So hat er sich das ausgedacht.“

„Weißt du, was ich dir sagen will? Ich will dir sagen, daß du dich nicht so verhalten solltest.“

„Aber du bist doch zu Hause?“

„Du sollst gehorchen, wenn ein Erwachsener dir etwas sagt — geh und sag...“

Der Anabe geht und berichtet der eintretenden Klaua Nikolajewna: „Mama hat gesagt, wenn Jakob Maximowitsch kommt, dann soll ich ihn einlassen, wenn aber Sie kommen oder sonst jemand, dann soll ich sagen, daß sie nicht zu Hause ist.“

„Ah so.“ stammte die Besucherin auf. „Sag deiner Mutter...“

Mama, die gelächelt hat, erscheint auf der Schwelle. Als wäre nichts geschehen, ruft sie trauerherzig:

„Mama! Ich habe dich gesehen, wie gut es mir ist, wenn du kommst. Auch Jakob Maximowitsch wird gleich kommen. Ich werde euch bekannt machen...“

„Nun, dein Sohn hat es gesagt...“

Volkswirtschaft. Aus der Textilindustrie.

Neuerliche Vertragskündigung der Volkshewiken in Nordböhmen.

Der Reichsberger „Vorwärts“ bringt einen Leitartikel, in welchem der Arbeiterschaft bekanntgegeben wird, daß neuerlich die Vertragskündigung mit 1. Jänner 1929 für die nordböhmenischen vier Vertragsgebiete beschlossen wurde.

Unsere Kraft wird am Widerstand der anderen wachsen.

So schrieb der „Vorwärts“ als die Unternehmer in Nordböhmen die Teuerungsaus-

Lohnverhandlungen am Brünner Tuchplatz.

Freitag, den 28. Dezember fanden in Brünn neuerlich Lohnverhandlungen statt. Die Arbeiter lehnen die gestellten Lohnforderungen ab und erklären ultimativ, daß sie nur bereit sind, auf der Grundlage des früheren Vertrages zu verhandeln.

hen, nirgends Vertragskontrahenten werden wollen, damit sie überall freie Hand haben und zu gegebener Zeit einen Rummel einfallen können.

Um die Vertragskündigung in der Seidenindustrie.

In der Seidenindustrie besteht ein Reichsvertrag. Die Kommunisten haben seinerzeit im Jahre 1927 bei dem Vertragsabschluss erklärt, daß sie einen solchen Evidenzen nicht unterzeichnen.

Marktpreise für die Verrechnung des Getreides der landwirtschaftlichen Arbeiterschaft Böhmens im Jänner 1929.

Der Vorstand: Rommel u. v.

Ein tragischer Jagdunfall.

Ein tragischer Jagdunfall hat sich in der Nähe von Linz (Oesterreich) abgepielt.

Lebenslehren.

„Der hat wieder was erdichtet. Er quält mich nämlich seit heute früh, mit ihm spazieren zu gehen.“

Lebenslehren.

„Der hat wieder was erdichtet. Er quält mich nämlich seit heute früh, mit ihm spazieren zu gehen.“

Lebenslehren.

„Der hat wieder was erdichtet. Er quält mich nämlich seit heute früh, mit ihm spazieren zu gehen.“

„Der hat wieder was erdichtet. Er quält mich nämlich seit heute früh, mit ihm spazieren zu gehen.“

